

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verleger: Riesner Verlag, Leipzig, Postfach 10.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachamt: Leipzig 21008, Poststraße Riesa Nr. 12.

Nr. 78.

Dienstag, 5. April 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Vorzugung des Postverkehrs monatlich 4,10 Mark ohne Zustellung. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für den Druck von bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 4. Seite des Grundrisses (7 Spalten) 1,10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; jeitendender und tabellarischer Druck 20%, Kettendruck, Aufschlag- und Anschlagdruck 30%. Keine Gewähr für den Druck, wenn der Auftrag nicht rechtzeitig eingeht, durch Abzug eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch genommen wird. Bestellungen und Abrechnungen in Riesa. Verantwortliche Redaktionsmitglieder: Gröba: an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Verkehrs des Postamtes, des Eisenbahns oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für den Druck: Dan ger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Erhard Schmidt, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Auf Blatt 584 des Handelsregisters, die Firma Chemisches Werk Terraal Ostwald in Riesa betr., ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen. Amtsgericht Riesa, den 2. April 1921.

Besuch der Mütterberatungsstellen.

Allen im Bezirke des Wohlfahrtsvereins Riesa wohnhaften Müttern wird hiermit dringend empfohlen, mit ihren Kindern die Mütterberatungsstellen in Riesa bzw. Gröba regelmäßig zu besuchen. Wenn die dort gegebenen sachkundigen Ratsschläge befolgt werden, gibt es keine tatsächlichen Verkrüppelungen, wie krumme Beine, tiefschöne Buckel oder Hüftgelenkverkrüppelungen mehr. Der Wohlfahrtsverein ist nicht verpflichtet, zu den Kosten solcher Selbstbehandlungen beizutragen, die durch rechtzeitige Beratung hätten vermieden werden können. Selbst solche Kinder, die wegen englischer Krankheit in Behandlung eines Arztes

sind, sollen die Mütter monatlich einmal in der Beratungskunde vorstellen. Auch ist es ratsam, Kinder im Alter von 2—6 Jahren jährlich zweimal zur Beratungsstelle zu bringen. Der Rat der Stadt Riesa — Wohlfahrtsamt —, den 1. April 1921. Uhr.

Der von den städtischen Kollegien aufgestellte, vom Ministerium des Innern unter dem 1. April 1921 genehmigte II. Nachtrag zum Ortsgesetz der Stadt Riesa über die Wahlen für die Stadtverordneten vom 20. Dezember 1918, vom 10. März 1921, der die Abgabe der Stimmzettel bei den Wahlen in Umschlügen vorzieht, liegt vom 8. April 1921 ab 14 Tage lang im Rathaus, Zimmer Nr. 2, zu Jedermanns Einsichtnahme öffentlich aus. Der Rat der Stadt Riesa, am 5. April 1921. Rnd.

Für alle Lieferungen und Leistungen, die für öffentl. Anstalten und Betriebe bis Ende März d. J. bewirkt worden, sind die Rechnungen wegen des Jahresabchlusses baldigst bei den betr. Verwaltungen einzureichen. Der Rat der Stadt Riesa, am 4. April 1921. R.

Deutschamerikanischer Notenwechsel.

Aus Berlin wird gemeldet: Da die Presse des Auslands zum Teil widersprechende und irreführende Nachrichten über den Inhalt des deutschen Memorandum und der amerikanischen Antwort bringt, so kann folgendes festgestellt werden: Das Memorandum hat nicht so sehr umfangreich ist, betont zunächst den entscheidenden Willen Deutschlands, seinen Verpflichtungen bis zur äußersten Not nicht nachzukommen. Es unterteilt sich in zwei Hauptabteilungen: die erste bezieht sich auf den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und der darüber hinausgehenden finanziellen Entschädigung. Das Memorandum betont, daß Deutschland dringend wünscht, an dem Wiederaufbau mitzuarbeiten, und zwar in jeder praktischen und möglichen Form, die man ihm vorschlagen würde. Bisher seien alle Bestrebungen in dieser Richtung an dem Widerstand scheitert, der ihnen in Frankreich entgegengestellt wurde, und es fänden sich Zweifel erheben, ob die ausschlaggebenden französischen Kreise eine schnelle Förderung dieser Frage überhaupt als wünschenswert hielten. Deutschland wisse aber, daß es angesichts der schwierigen Finanzlage in einigen alliierten Ländern auch abgesehen vom Wiederaufbau sich Geldleistungen auferlegen müsse und es wolle sich auch dieser Forderung nicht entziehen. Das Memorandum bezieht sich wieder den Gedanken der internationalen Anleihe und des Steuererlasses für diese Anleihe und erwähnt auch die Frage der Schulden Frankreichs und Englands an Amerika. Es wird an den Gedanken Lord Roberts erinnert, die Ausgaben über die deutsche Leistungsfähigkeit unparteiisch nachprüfen zu lassen und es wird zu erkennen gegeben, daß Deutschland gegen keine gerechte und objektive Prüfung etwas einzuwenden haben würde. Die ganze Fassung des Memorandum läßt an der Bestimmtheit und an dem guten Willen Deutschlands, in der Entschädigungsfrage jede mögliche und etzträgliche Lösung anzunehmen, nicht den geringsten Zweifel.

Der amerikanische Kommissar Dresden hat am 29. März als Antwort auf das deutsche Memorandum im Washingtoner Amt in Berlin ein Memorandum übergeben, dessen wörtliche Uebersetzung lautet: „Die amerikanische Regierung ist erfreut, aus Dr. Simons' unvollständigen Memorandum in unzweideutiger Weise den Wunsch der deutschen Regierung zu erkennen, die Reparation bis zur Grenze der Zahlungsfähigkeit zu leisten. Die amerikanische Regierung hält ebenso wie die alliierten Regierungen Deutschlands für den Krieg verantwortlich, daher moralisch verpflichtet, Reparation zu leisten, soweit dies möglich sein mag. Die Anerkennung dieser Verpflichtung, wie sie das Memorandum in sich schließt, scheint der Regierung der Vereinigten Staaten als einzige gesunde Basis, auf der ein gesicherter, gerechter Friede hergestellt werden kann, unter dem die verschiedenen europäischen Nationen wieder zu wirtschaftlicher Stabilität gelangen können. Die amerikanische Regierung glaubt in dem Memorandum den aufrichtigen Wunsch der deutschen Regierung zu erkennen, die Verhandlungen mit den Alliierten auf einer neuen Basis zu eröffnen, und hofft, daß beratende Verhandlungen, einmal wieder aufgenommen, zu einer schließlichen Regelung führen mögen, die gleichzeitig den gerechten Ansprüchen der Alliierten Genüge leisten und Deutschland erlauben, hoffnungsvoll seine produktive Tätigkeit wieder zu beginnen.“

Der Bergarbeiterkreis in England.

Aus London wird gemeldet: Die Eisenbahner haben gestern in den größeren Industriekreisen Verhandlungen abgeschlossen, in denen sie den Bergarbeitern ihre Unterstützung versprochen. Die Städte, die für den Streik der Bergarbeiter gestimmt haben, sind Birmingham, Liverpool, Nottingham, Sheffield, Derby, Bradford, London. In New Castle wurde eine Entschädigung eingebracht, um den Streik sofort zu proklamieren. Diese wurde abgelehnt; jedoch wurde der Streik beschlossen für den Fall, daß die Bergarbeiter kein Recht erhalten sollten.

Obwohl nach den neuesten Nachrichten aus dem Bergbaukreis die Durchführung der Streikmaßnahmen mit Schwierigkeiten verbunden ist, herrscht zur Zeit eine hoffnungsvolle Stimmung, da man annimmt, daß die Bergarbeiter die Verhandlungen durch Veröffentlichung eines neuen Angebot wieder aufnehmen wollen und die Forderungen der Bergarbeiter angeblich in wesentlichen Punkten entgegenkommen sollen. Die Regierung scheint gleichfalls geneigt zu sein, den Weg der Verhandlungen wieder zu eröffnen. Wenn man wissen möchte, was das Kabinett als auch der Ausschuss des Unterhauses für Handel und Gewerbe sich mit der Frage beschäftigt, wie Arbeiter und Arbeiter an den Verhandlungen teilnehmen können. Um einen Vergleich möglichst bald mit gesetzlicher Gültigkeit versehen zu können, hat die Regierung am 1. April außerordentliches Kabinett abgehalten mit sofortiger Wirkung auf Grund des Bergarbeitergesetzes in Kraft treten lassen.

24-kündiger Proteststreik in Berlin.

Nach dem gestrigen Beschlusse einer Funktionärskonferenz der Berliner Elektrizitätsarbeiter soll laut „Vorwärts“ am 6. ds. Mts. doch aus Anlaß der Beerdigung Sals ein 24-kündiger Proteststreik in den städtischen Elektrizitätswerken stattfinden. Die wichtigsten Rotbetriebe sollen jedoch aufrechterhalten bleiben.

Im Hause Ullandsstraße 197 in Berlin wurde gestern vormittag an der Kellerterrasse ein Bapptarion mit vierzehn Sprengpatronen gefunden, bei allem Anschein nach mit Rohborit gefüllt waren. Die Jüdische war bereits angebrannt, muß jedoch nachher wieder erloschen sein. Am anderen Ende der Jüdischen befand sich die Sprengkapsel einer Handgranate. Im Hause befindet sich die Siegesstraße 100. Die an dem Anschlag auf die Siegesstraße Beteiligten sind dem Untersuchungsrichter angeführt worden. Es sind Schriftführer Walter Baumgart, Dreher Emil Danemann, Arbeiter János Kaminik, Schleifer Karl Kraw, Portier Friedrich Lemble, Kermacher Hermann Werben, Eisenhobler Hermann Keumann, Fabrikarbeiter Adoring und Eisenhobler Friedrich Schürmann. — Die Meldung, daß auf die Ermordung von Max Höls von der preussischen Regierung eine Befolgung von 100 000 Mark ausgesetzt worden sei, trifft die „Deutschen Allgemeine Zeitung“ zufolge in dieser Form nicht zu. Die Befolgung wurde vielmehr ausgesetzt auf die Ermordung aller Bandenführer, die bei dem kommunistischen Aufstand hauptsächlich mitgewirkt haben.

Der Berliner Polizeipräsident Richter erläßt folgende Bekanntmachung: „Das von mir auf Grund des Artikels 123 der Reichsverfassung unter dem 8. März dieses Jahres angeordnete Verbot aller Versammlungen unter freiem Himmel und aller StraßenDemonstrationen hebe ich hiermit auf.“

Der Hochverratsprozess gegen die Kommunisten Vater aus Magdeburg, Jacob aus Bielefeld und 18 weitere Angeklagte findet am 5. und 6. April vor einem außerordentlichen Gericht des Gruppenkommandos I im Magdeburger Schwurgerichtssaal statt. Die Anklage stützt sich auf Angaben, welche die Behörden trotz strenger Geheimhaltung erhielten und wonach zur Durchführung linksradikaler Ausschüsse im ganzen Reich eine rote Armee organisiert werden sollte. Die Verteidigung hat die Ladung des Gerichts bestritten.

Nach immer nicht genug!

ABG. Die Zentrale der SPD veröffentlicht in der „Roten Fahne“ einen Aufruf, der sich mit dem niedergelagerten kommunistischen Aufstand beschäftigt und den Führern der SPD und USPD den Vorwurf macht, daß ihre „Vercätereien“ den Mißerfolg des kommunistischen Unternehmens verursacht hätten. Da der Austausch von Geld einseitig und der Appetit der Kommunisten nach Sowjet-Rubeln andererseits nicht gestillt sind, so predigt der neueste Aufruf der SPD, die Fortsetzung des Bürgerkrieges. Die „Rote Fahne“ schreibt:

Die Ordnungsbewegung triumphiert. Die Auslands- und Aufstandsbewegung ist niedergelagert. Hunderte Proletarier liegen ermordet auf dem Kampfplatz, tausende bleiben vom Unternehmertum gemahregelt auf der Straße. Ausnahmegerichte, Erziehungslager auf der „Flucht“, Verhandlungen von Gefangenen, Drogen und weicher Terror rufen durch das Land. Der faule Bürger freut sich der Taten seiner Beauftragten. Die Ugeghel und Provokateure helfen die Arbeit vollenden. Durch Dynamitattentate sollte eine Vögrömmung gegen die Kommunisten erzeugt werden, sollten die Arbeiter untereinander verwirrt werden. Diese Verwirrungsarbeit ist vor allem durch den „Vorwärts“ und die „Freiheit“ und die Gewerkschaftspressen auf das schamloseste besorgt worden. Die Früchte dieser Arbeit zeigen sich jetzt. Sie erweisen damit, daß wir talentlos zulassen, wie die kämpfenden Kommunisten abgeschlachtet wurden.“ Am Schluß wird dann gesagt: „Es gilt die Zeit zu nutzen. Formiert euch neu zum Kampf. Steht geküßt! Bald heißt es wieder „Sturmtruppen unter Rinn!“ Drauf und dran gegen die Feinde! Aus der verlorenen Schlacht rufen wir siegesgewiß schon heute: Dieses Gefecht wird abgebrochen, aber die gesamte Situation schreit nach neuem Kampf. Arbeiter der SPD und USPD! Arbeiter! Angehörige! Kampfgewissen! In diesem Kampf wird nicht die gemeinliche Rot, das Wüten der Konterrevolution zusammenkommen.“

Die Kommunisten werden also, da sie sich nicht mehr die Kraft zur Durchführung der kommunistischen Revolution zutrauen, ihre Propagandabemühungen noch weiter als bisher auszuweiten, um Dumme zu fangen, die bereit wären, ihre Haut für die kommunistischen Revolutionsgewinnler zu Markte zu tragen. Die deutschen Bolschewisten sind nicht mit unerschütterlicher Festigkeit die Wiederholung des Anführers an. Wie lange will man sich an verantwortlicher Stelle diese Frechheit noch gefallen lassen?

Der unabhängige Volksminister Bismarck als Oambere. Der „Schiffliche Volksbote“, das Organ des Landesverbandes der Deutschen Nationalen Volkspartei, bringt in

seiner neuesten Nummer eine Schilderung, nach der bei einer Hausdurchsuchung im Landhause des Herrn Lipinski bei Würzen, das er als wohlhabender Grundbesitzer bewohnt, die Reichswehr bei der allgemeinen durchgeführten Waffensuche dort zwar keine Waffen gefunden hat, aber auf einen Vorrat von etwa 1 1/2 Zentner Wetzern stieß. Der Untersuchungsausschuss konnte natürlich diesen Fund nicht beschlagnahmen lassen. Ledig ist nicht bekannt geworden, ob sich die dem Herrn Polizeimeister Lipinski unterstellte Polizeibehörde oder der ihm nachstehende Ueberwachungsamt mit der Angelegenheit befaßt hat.

Zur Abreise Kaiser Karls.

Gestern abend wurde aus Budapest nach Wien gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen Budapest und Steinamanger in Form eines Kompromisses abgebrochen sind. Karl wird vor Verlassen des Landes eine Proklamation an das ungarische Volk erlassen, in welcher er seinen Anspruch auf den ungarischen Thron aufrecht hält und erklärt, nur der Gewalt der heute maßgebenden Verhältnisse zu weichen, wobei er jedoch volles Vertrauen in die politische Reife des ungarischen Volkes setzt. Der erste Sektionschef im ungarischen Ministerium des Inneren Kanga ist mit der Ausarbeitung dieser feierlichen Erklärung betraut und weilt in Steinamanger.

Das ungarische Korrespondenzbüro meldet aus Budapest: Aus Steinamanger wird gemeldet: König Karl wird Dienstag früh 10 Uhr nach der Schweiz abreisen. Die Temperatur des Königs ist auf 37,8 Grad gefallen. Der Hofzug, aus drei Salonwagen bestehend, ist aus Budapest in Steinamanger bereits eingetroffen. — Gestern erhielt der ungarische Gesandte in Wien aus Budapest die amtliche Mitteilung, daß der Erlkönig in Steinamanger an Influenza und Halsentzündung mit Fieber erkrankt sei und seine Abreise daher notgedrungen bis zu seiner Transportfähigkeit verschoben werden müßte. Diese Mitteilung wurde von der Gesandtschaft an die Regierung offiziell weitergegeben. Die Krankheit des Erlkönigs ist ernst. Allein sie konnte keine Veranlassung dazu bieten, um die ungarische Regierung von ihrer entschiedenen Haltung abzubringen.

Kauffmann ist, daß Erlkönig Karl nach Mitteilungen aus seiner Umgebung jedenfalls die heutige Sitzung der Nationalversammlung in Budapest abwarten will. Gerüchte wollen wissen, daß ein Putsch der Leibtruppen in Budapest vorbereitet sei und daß die Nationalversammlung gelöst werden soll. Man spricht auch davon, daß die Nationalversammlung sich für die Wahl des Kronprinzen Otto, des ältesten Sohnes des Erlkönigs Karl, aussprechen werde, wodurch Erlkönig Karl einen moralischen Erfolg nach Haus bringen würde.

Unter den vielen Episoden, die jetzt im Umlauf sind, wird auch folgende erzählt: Der Erlkönig habe, als er nach Budapest kam, Horthy immer als seinen Admiral angesprochen. Eine Zeit lang habe Horthy sich dies gefallen lassen. Dann habe er ihn aber unterbrochen mit den Worten: „Und nun bitte ich nicht mehr, sondern ich befehle Ihnen, traut meiner Eigenschaft als Reichsverweser und leitendes Staatsoberhaupt, sich zu entfernen; es muß sein, nicht etwa wegen der Sicherheit Ihrer hohen Person, sondern wegen des Friedens und der Ruhe des Landes wie der ungarischen Nation.“

Das kaiserliche Büro erzählt, daß die kleine Entente an Admiral Horthy ein Ultimatum geschickt habe, daß am Donnerstag, wenn der frühere Kaiser das ungarische Gebiet nicht verläßt, militärische Schritte beginnen würden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Antrag auf Volksabstimmung in der Flaggenfrage. Auf dem 8. Deutschen Seeschiffahrtstag wurde eine Entschädigung angenommen, in der die Schiffahrtswelt sich zur schwarz-weiß-roten Flagge bekennt. Für diese Stellungnahme seien alle praktischen Gründe maßgebend, deutsche und kaufmännische Erwägungen, sowie überlegte Rücksicht auf die unabweisbare Abhängigkeit der Auslandsdeutschen an die alten Farben. Die Entscheidung empfiehlt auf dem Wege einer allgemeinen Abstimmung, die Auffassung des gesamten deutschen Volkes zur Flaggenfrage unabweislich feststellen zu lassen.

Zur Regierungsbildung in Preußen. Nachdem am Sonntag Vertreter der drei gegenwärtigen Regierungsparteien mit dem Reichspräsidenten über die Frage der Regierungsbildung in Preußen im Zusammenhang mit der Verwirklichung im Reich besprochen hatten, traten die Reichstagsparteien am Montag, das Zentrum und die Demokratie gestern vor- und nachmittags zu internen interfraktionellen Besprechungen zusammen. Aber auch diese Verhandlungen haben, laut „Berl. Tagebl.“, noch zu keiner Klärung geführt, jedoch sie heute fortgesetzt werden sollen.

Die Finanzministerkonferenz. Auf der heute Dienstag in Berlin zusammentretenden Konferenz der Finanzminister wird man sich mit der Rückwirkung der neuen Einkommensteuernormen auf das Gesamtsteuereinkommen befassen.